



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

31. Oktober 2022
Born Rolf

B 129 A Ausfallentschädigungen im Kulturbereich aufgrund der Corona-Epidemie und Nachtragskredite zum Voranschlag 2022; Entwürfe Dekret über einen Sonderkredit (Kulturbereich) und Kantonsratsbeschluss über Nachtragskredite - Dekret / Finanzdepartement

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Die Botschaft B 129 beinhaltet ein Dekret über einen Sonderkredit für weitere Ausfallentschädigungen im Kulturbereich im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie sowie den Kantonsratsbeschluss über die Bewilligung von Nachtragskrediten zum Voranschlag 2022 in der Summe von rund 23,3 Millionen Franken. Das Dekret muss mittels Bruttoprinzip genehmigt werden. Der Bund wird die Hälfte der Ausfallentschädigungen im Kulturbereich übernehmen. An der PFK-Sitzung vom 28. und 29. September 2022 haben wir diese Botschaft beraten. Das Eintreten war unbestritten, und die Zustimmung wurde von der weiteren Beratung abhängig gemacht. Über die aufgeführten zwölf Nachtragskredite wurde rege diskutiert und vor allem bei den entsprechenden Departementen nachgefragt. Über die grossen Aufgabenbereiche des Gesundheits- und Sozialdepartementes mit 1,825 Millionen Franken und des Bildungs- und Kulturdepartementes mit fast 18,5 Millionen Franken fand eine vertiefte Diskussion statt. Alle Parteien waren mit den Nachtragskrediten in dieser Höhe nicht zufrieden, und doch konnte man sich nicht vorstellen, diese nicht zu genehmigen. Einige PFK-Mitglieder wiesen darauf hin, dass eine knappe Budgetierung sogar gewünscht wird und dort ein Nachtragskredit genehmigt werden muss, wo auch Mittel notwendig sind. Die Fragen konnten während der Anhörungen der einzelnen Departemente geklärt werden, oder Antworten wurden noch nachgeliefert. Vor allem zu den Ausfallentschädigungen gab es Fragen, die aber alle durch die nachgelieferten detaillierten Erklärungen beantwortet werden konnten. So wurde in der Abstimmung dem Sonderkredit von mehr als 4 Millionen Franken zugestimmt. Ein Zusammenhang besteht hier zu einer Bemerkung im AFP 2023–2026, in welcher der Kantonsrat eine Überprüfung dieser Ausfallentschädigung im Kulturbereich durch die Finanzkontrolle fordert. In der Schlussabstimmung hat die PFK sowohl dem Dekret als auch dem Kantonsratsbeschluss mit 14 zu 3 Stimmen zugestimmt.

Für die Mitte-Fraktion spricht Markus Bucher.

Markus Bucher: Die Nachtragskredite des Kantons Luzern haben sich in den Jahren 2014–2020 immer im Bereich von jährlich etwa 10 Millionen Franken bewegt. Aufgrund der gesamten budgetierten Summe liegt dies in einem akzeptablen Streubereich. Das letzte Jahr, 2021, hat mit den unkalkulierbaren Folgen der Corona-Epidemie einen ausserordentlichen Nachtragskredit von gesamthaft 50 Millionen Franken erfordert. Dieser

war nachvollziehbar. Dass der jetzige Nachtragskredit für das laufende Jahr 2022 im Bereich von 30 Millionen Franken liegt und somit wieder aussergewöhnlich hoch ist, erstaunt die Mitte-Fraktion aber doch sehr. Der Einfluss der Corona-Epidemie im Jahr 2022 auf die Ausgaben war eigentlich aufgrund der Erfahrungen zum Zeitpunkt der Budgetierung gut abschätzbar, vor allem, da sich die Epidemie bisher nicht schlimmer als erwartet entwickelt hat. Selbstverständlich war 2022 der Ukraine-Krieg auch unvorhersehbar. Da die Kosten aber im Moment vor allem auf Stufe Bund anfallen, sind die finanziellen Auswirkungen für den Kanton klein. Aber rechnen wir die mit der Covid-19-Epidemie und dem Ukraine Krieg begründeten Nachtragskredite weg, bleiben immer noch über 20 Millionen Franken. Das ist mehr als das Doppelte eines durchschnittlichen Jahres. Für die Mitte-Fraktion ist das doch erstaunlich hoch. Bei den Nachtragskrediten sticht derjenige in der Hauptaufgabe Bildung sofort ins Auge. Mit 15,1 Millionen Franken macht er einen sehr grossen Anteil am Gesamtvolumen aus, begründet durch steigende Schülerzahlen und zunehmende Pro-Kopf-Kosten. Ein weiteres Dauerthema in den letzten Jahren bezüglich Nachtragskrediten ist die Position im Vollzugs- und Bewährungsdienst in der Hauptaufgabe öffentliche Sicherheit. In diesem Jahr wird ein Nachtragskredit von 1,9 Millionen Franken gefordert. Auch hier lautet die Begründung höhere Anzahl und steigende Kosten. Wir erwarten von den entsprechenden Verantwortlichen, auf diese beiden Positionen in Zukunft bei der Budgetierung ein spezielles Augenmerk zu legen. Der Sonderkredit für die Ausfallentschädigung im Kulturbereich hat uns überrascht. Mit Ausnahme des Januars 2022 herrscht im Kanton Luzern wieder sehr grosse Normalität. Gemäss Informationen von Regierungsrat Reto Wyss sind im Jahr 2022 bisher zehn Gesuche aus der Privatwirtschaft für Unterstützung aufgrund der Covid-19-Epidemie eingetroffen. Die privaten Unternehmen haben also längst wieder auf Normalbetrieb geschaltet. Unseres Erachtens sollte dies 2022 auch bei den Kulturbetrieben wieder möglich sein, sodass sie keine staatliche Unterstützung mehr brauchen. Wir verlangen, dass bei der Kultur mit gleichen Ellen gemessen wird wie bei der Privatwirtschaft und beim Sport. Die letzte Woche im AFP überwiesene Bemerkung verlangt eine Kontrolle auf eine allfällige Überentschädigung und eine Rückführung von zu viel erhaltenen Mitteln. Dies entspricht unserer Forderung. Aus diesem Grund verzichten wir auf eine Ablehnung. In diesem Sinn treten wir auf die Botschaft ein und stimmen ihr zu.

Für die SVP-Fraktion spricht Dieter Haller.

Dieter Haller: Über 4 Millionen Franken beantragt der Regierungsrat für die Ausfallentschädigung im Kulturbereich aufgrund der Covid-19-Epidemie. 23,5 Millionen Franken beantragt der Regierungsrat an Nachtragskrediten zum Voranschlag 2022. Dabei fallen mehr als 15 Millionen Franken allein bei der Bildung an, mit der lapidaren Begründung, dass vor allem die Normkosten bei den Regel- und Sonderschulen höher ausfallen. Sind es nicht gerade die Normkosten, welche durch die Schülerzahlen exakt budgetiert werden können? Im Herbst kommen wir in der Session zusammen, um über die Nachtragskredite zu befinden. Eigentlich sind diese auch meistens unbestritten, wenn auch wesentlich tiefer. Nun fallen diese jedoch in einem grossen Ausmass an, und dies in sehr unsicheren Zeiten, vor allem auch, was die Ausschüttungen der Nationalbank betrifft, denn diese werden auf die Jahre in dem von der Regierung budgetierten Betrag von über 90 Milliarden Franken Verlust nicht mehr ausbezahlt werden können. Der Umgang mit Nachtragskrediten, welche X Millionen Franken betragen, ist in unserem Rat inzwischen leichtsinnig, und die Kredite werden ohne zu hinterfragen abgehandelt. Wenn das so weitergeht, macht der Kanton bald wieder Schulden und muss wie einst Sparpakete schnüren und – wie es die Linke möchte – wird es zu Steuererhöhungen kommen. Welches Signal senden wir an unsere Kantonsbevölkerung aus? Politisieren Sie noch für unsere Kantonsbevölkerung oder an ihr vorbei? Auch wenn nächstes Jahr ein Wahljahr ist, bitten wir um Nachsichtigkeit und Vernunft. Dass die Mitte-Fraktion erstaunt ist, aber der Vorlage trotzdem zustimmt, erstaunt mich und wahrscheinlich auch meine Fraktion. Die SVP-Fraktion lehnt die Vorlage ab.

Für die FDP-Fraktion spricht Andreas Bärtschi.

Andreas Bärtschi: Zum vierten und letzten Mal in dieser Legislatur werden unserem Rat die ordentlichen Nachtragskredite vorgelegt. Was auffällt, ist die Höhe der beantragten

Nachtragskredite. Diese sind sowohl in der Summe mit 23,3 Millionen Franken wie auch in der Anzahl mit zwölf Nachtragskrediten und auch im Verhältnis mit 0,7 Prozent des Voranschlags höher, als in den vergangenen drei Jahren. Mit über 15 Millionen Franken fallen vor allem die Nachtragskredite im Bildungsbereich auf. Obwohl die Nachtragskredite höher ausfallen als in den vergangenen Jahren, weist die Überschreitung von 0,7 Prozent auf eine hohe Ausgabendisziplin und einen sorgsamen Umgang mit den vorhandenen Mitteln hin. Unsere kritischen Fragen zu den Nachtragskrediten wurden in der PFK-Sitzung beantwortet. Wir sind erfreut, dass die finanzielle Situation des Kantons es zulässt, dass die beantragten Nachtragskredite innerhalb des Finanzhaushalts 2022 kompensiert werden können. Die FDP macht Zukunft und wird sich dafür einsetzen, dass der Kanton Luzern auch künftig über einen gesunden, ausgeglichenen und resilienten Finanzhaushalt verfügt. Nebst den Nachtragskrediten wird auch ein Sonderkredit von gut 4 Millionen Franken beantragt. Der Kanton Luzern war während der gesamten Covid-19-Pandemie ein verlässlicher Partner, und wir wollen an diesem Grundsatz festhalten. Im Zusammenhang mit dem Sonderkredit wurden bereits Unterstützungsgesuche gestellt. Aus diesem Grund werden wir dem beantragten Sonderkredit zustimmen. Uns ist es aber auch enorm wichtig, dass es zu keinen Überkompensationen kommt. Diese Haltung haben wir bereits bei den Unterstützungen für Unternehmen vertreten, und diese Haltung werden wir auch im Kulturbereich vertreten. Aus diesem Grund sind froh, dass die Bemerkung 18 in der AFP-Beratung von letzter Woche überwiesen worden ist. Unter Berücksichtigung dieser Bemerkung stimmen wir dem Sonderkredit zu. Die FDP-Fraktion tritt auf die Botschaft ein, sie stimmt sowohl dem Nachtrags-, wie auch dem Sonderkredit zu und lehnt diesbezüglich die Ablehnungsanträge der SVP ab.

Für die SP-Fraktion spricht David Roth.

David Roth: Nachtragskredite sind eine Rückschau auf die Ungenauigkeit der Budgetierung, und sie drücken die ausserplanmässigen Aufwände aus. Wir alle sind sehr interessiert an einer nicht überbordenden Budgetierung, sondern an einer – wenn möglich – zielgenauen Budgetierung. Wenn Sie keine Nachtragskredite wollen oder deshalb jedes Mal einen Aufstand machen, dann wird die Verwaltung im Budget zu viel einstellen. Das ist weder in Ihrem noch in unserem Interesse, denn wir wollen eine genaue Budgetierung. Wenn Sie überrascht sind, dass im Bildungsbereich mehr anfällt, dann sind Sie wahrscheinlich genauso wie das Bildungs- und Kulturdepartement von der Zahl der eingeschulten Kinder überrascht. Die Regierung hat zwei Möglichkeiten: Entweder beantragt sie einen Nachtragskredit oder sie stellt die Kinder zurück. Wir sind wohl alle froh, wenn wir Nachtragskredite sprechen. Die SP-Fraktion ist mit den Nachtragskrediten, die gemessen am Gesamtbudget in einem sehr kleinen Rahmen sind, einverstanden. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu.

Für die G/JG-Fraktion spricht Urban Frye.

Urban Frye: Insgesamt geht es bei diesem Geschäft um knapp 28 Millionen Franken. Eigentlich viel Geld. Wenn wir aber diese Summe in Relation zum Gesamtaufwand bringen – wie es die FDP- und SP-Fraktion getan haben –, dann sind es gerade einmal 0,7 Prozent des Budgets oder 13 Prozent des Gewinns – eine Punktlandung. Auch inhaltlich sind die einzelnen Beträge unbestritten: zusätzliche Entschädigungen für Kulturbetriebe für coronabedingte Ausfälle, höhere Pro-Kopf-Beiträge an den Volksschulen und einige weitere kleinere Posten. Eine Überprüfung einer möglichen Überentschädigung des Luzerner Sinfonieorchesters erfolgt im Rahmen des AFP. Der Regierungsrat hat sich einmal mehr an die rigorosen Budgetvorgaben der rechten Ratsmehrheit gehalten. Das war sein Auftrag. Wie von David Roth bereits erklärt, führt das zu minimalen Budgetüberschreitungen, in diesem Fall von 0,7 Prozent. Ich würde gerne von der rechten Ratsmehrheit wissen, ob sie das in ihren KMU fertigbringt. Wenn ja, können Sie dem Regierungsrat einen Vorwurf machen. Aber ich glaube, kein Unternehmer würde bei einer Budgetüberschreitung von 0,7 Prozent sagen, dass es sich nicht um eine Punktlandung handelt. Die G/JG-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Riccarda Schaller.

Riccarda Schaller: Die zwölf Nachtragskredite sind zwar von der Menge und vom Betrag her höher ausgefallen als in der Vergangenheit. Insgesamt sind sie aber mit 0,7 Prozent des Voranschlags 2022 vertretbar und kein Indiz für systematische oder unkontrollierte Budgetüberschreitungen. Die Verwaltung scheint sich strikt an die Budgetvorgaben zu halten, was gerade im momentanen Krisenmodus nicht selbstverständlich ist. Das ist unser Fazit zu den beantragten Nachtragskrediten zum Voranschlag in der Höhe von 23,5 Millionen Franken. Für die GLP waren insbesondere die Informationen der Departementsvorsteher in der PFK-Sitzung hilfreich und aufschlussreich, sodass wir heute das Eintreten und die Zustimmung zur Vorlage verkünden können. Betreffend Sonderkredit für den Kulturbereich sind wir gleicher Meinung wie die FDP-, die SP- und die G/JG-Fraktion. Es soll aber sichergestellt werden, dass keine Überentschädigungen stattfinden. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Eine Botschaft über Nachtragskredite ist sowohl für Ihren als auch unseren Rat immer ein eher unangenehmes Geschäft. Wir würden Ihnen lieber keine Nachtragskredite präsentieren. Ich glaube aber, dass wir in der PFK eine gute Diskussion geführt haben. Die vollzählig anwesenden Departementsvorsteher konnten alle Fragen beantworten. Ich erlaube mir, auf zwei Bereiche einzugehen: Zum Nachtragskredit Kultur: Sie erinnern sich sicher daran, dass wir letzte Woche im Rahmen der AFP-Beratung der Bemerkung für eine unabhängige zweite Überprüfung zugestimmt haben. Auch wir sind daran interessiert, dass die Kultur korrekt und analog zur Wirtschaft im Rahmen der Covid-Unterstützung von Mitteln profitieren kann. Zu den Normkosten in der Volksschule: Das ist ja schon seit langer Zeit ein Thema. Für uns ist es auch nicht immer ganz einfach, diese Normkosten zu prognostizieren. Sie wissen, wie diese zustande kommen. Wenn Sie zukünftig diesbezüglich eine höhere Genauigkeit wünschen – das wünschen wir uns auch –, empfehle ich Ihnen schon heute, den Standardkosten zuzustimmen. Dann werden wir in diesem Bereich eine höhere Ausgabendisziplin und eine höhere Kostengenauigkeit erreichen. Ich danke Ihnen, wenn Sie auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Antrag Haller Dieter zu Ziffer 1: Ablehnung.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Nachtragskredite sind zu einem grossen Teil bereits angefallen, und das Geld wurde ausgegeben. Ich glaube aber, dass wir im Rahmen der Diskussion in der PFK nachvollziehbare Antworten liefern konnten. Ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 85 zu 20 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für weitere Ausfallentschädigungen im Kulturbereich im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 90 zu 18 Stimmen zu.